Ä2 Klimagerechtigkeit jetzt

Antragsteller*in: privat

Änderungsantrag zu L1Neu2

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Deutschland. Doch nicht sie sind es, die die Hauptfolgen der menschengemachten Klimaveränderung zu tragen haben.

Aber auch in Industriestaaten sind in jüngster Vergangenheit zunehmend alarmierende Wetterextreme zu verzeichnen, weshalb der dringende Handlungsbedarf bezüglich der Klimakrise bestärkt wird.

Von Zeile 28 bis 30 einfügen:

möglichst schnellen Kohleausstieg auszusprechen.

Aber auch in Industriestaaten sind in jüngster Vergangenheit zunehmend alarmierende Wetterextreme zu verzeichnen, weshalb der dringende Handlungsbedarf bezüglich der Klimakrise bestärkt wird. Das Land muss die Errichtung von Windkraftanlagen, bevorzugt in kommunaler

Von Zeile 111 bis 158:

und muss aufgrund ihrer ökologischen Folgen, ebenso wie Plastiktüten, verboten werden.

Die Vorschriften für Verpackungen müssen kritisch hinterfragt und gegebenenfalls angepasst werden. Auf die Benutzung von Einwegplastik in Produkten aller Art fordern wir eine Abgabe, die in einen Fond einzuzahlen ist, der Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung fördert.

Eine Möglichkeit wäre diese Gelder in den Green Climate Fund der UN einzuzahlen.

Zum Schutz unserer Gewässer fordern wir darüber hinaus die Hafenmüllgebühr abzuschaffen um keine Anreize zur illegalen Verklappung zu setzen. Ferner muss besonders bei dem Verladen und Ablöschen von Düngemitteln auf einen besseren Umweltschutz geachtet werden.

Auch bei Großveranstaltungen wie Musikfestivals müssen die Veranstalter verpflichtet werden auf die Vermeidung von Müll zu achten und sind dazu zu verpflichten den Besuchern nur umweltfreundlichere Alternativen zu Einwegplastik zur Verfügung zu stellen. Auch das Trennen von Müll muss den Besuchern von Großveranstaltungen immer ermöglicht werden.

Auch unsere kleinsten Abfälle, wie beispielsweise Mikroplastik oder pharmazeutische Rückstände, müssen in adäquater Weise durch unsere Kläranlagen beseitigt werden können. Dazu sind die kommunalen Kläranlagen entsprechend nachzurüsten.

Landwirtschaft

Die konventionelle Landwirtschaft schadet nicht nur der Umwelt in größtem Maße, sondern ignoriert das Wohl der ausgebeuteten Tiere. Unser Ziel ist eine generelle Überwindung von Nutztierhaltung. Ein erster Schritt dorthin ist das Überwinden von Tierhaltung ohne Weidegang, aber auch der Übergang vom schmerzhaften ohrmarken zum chippen.

Die europaweiten Biostandards sind oft unzureichend und täuschen den Verbrauchenden eine umweltfreundliche Produktion vor.

Denn das europaweite Biosiegel erlaubt doppelt so viele der pro Fläche gehaltenen Legehennen oder Masthühner wie die drei größten deutschen Bioverbände Bioland, Demeter und Naturland. Konkret bedeutet das:

Die EU-Bio-Siegel-Richtlinien machen keine Angaben zur Distanz des Schlachthofs. Während der Transport bei Bioland, Demeter und Naturland auf maximal vier Stunden oder 200 Kilometer beschränkt ist, kann ein Schwein mit EU-Bio-Siegel eine Fahrt durch halb Europa hinter sich haben. Deshalb hat das EU-Bio-Siegel nicht viel mit Nachhaltigket und ausdrücklich Tierwohl zu tun. Darum fordern wir nicht nur die Richtlinien des Bioland Verbandes als Mindeststandard, sondern auch ein

ausagekräfitges, transparentes Tierwohllabel. Tierwohl gibt es nur ohne Nutztierhaltung. Denn schon jetzt fordert fast 90% der Bevölkerung bessere Standards in der Tierhaltung und mehr Transparenz im Produktionsprozess (Quelle: BMEL-Ernährungsreport 2017). Aber auch ein Klima-Label für Lebensmittel ist überfällig, um für den Verbraucher transpartent den Wasserverbrauch, den Transportweg und CO₂ Ausstoß des zu kaufenden Lebensmittel aufzuschlüsseln.

Der Einsatz von Recyclingpapier an Stelle von Frischfaserpapier soll innerhalb der nächsten zwei Jahre in Behörden und öffentlichen Einrichtungen in RLP zum Standard werden. So kann das Land Rheinland-Pfalz seiner Vorbildfunktion bei der Ressourcenschonung gegenüber den Bürgern nachkommen.

<u>Die Vorschriften für Verpackungen müssen kritisch hinterfragt und gegebenenfalls angepasst werden.</u>

<u>Auf die Benutzung von Einwegplastik in Produkten aller Art fordern wir eine Abgabe, die in einen Fond einzuzahlen ist, der Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung fördert.</u>

Eine Möglichkeit wäre diese Gelder in den Green Climate Fund der UN einzuzahlen.

Zum Schutz unserer Gewässer fordern wir darüber hinaus die Hafenmüllgebühr abzuschaffen um keine Anreize zur illegalen Verklappung zu setzen. Ferner muss besonders bei dem Verladen und Ablöschen von Düngemitteln auf einen besseren Umweltschutz geachtet werden.

Auch bei Großveranstaltungen wie Musikfestivals müssen die Veranstalter verpflichtet werden auf die Vermeidung von Müll zu achten und sind dazu zu verpflichten den Besuchern nur umweltfreundlichere Alternativen zu Einwegplastik zur Verfügung zu stellen. Auch das Trennen von Müll muss den Besuchern von Großveranstaltungen immer ermöglicht werden.

Auch unsere kleinsten Abfälle, wie beispielsweise Mikroplastik oder pharmazeutische Rückstände, müssen in adäquater Weise durch unsere Kläranlagen beseitigt werden können. Dazu sind die kommunalen Kläranlagen entsprechend nachzurüsten.

Landwirtschaft

Die konventionelle Landwirtschaft schadet nicht nur der Umwelt in größtem Maße, sondern ignoriert das Wohl der ausgebeuteten Tiere. Unser Ziel ist eine baldige Überwindung der Nutztierhaltung. Bis wir es erreicht haben, die Nutztierhaltung zu überwinden, müssen folgende Maßnahmen umgesetzt werden, um jetzt schon eine Landwirtschaft zu etablieren, die sog. Nutztieren in der Obhut von Menschen eine würdige Lebensqualität garantiert, zum Artenschutz beiträgt, unsere Gewässerqualität schützt und den Beitrag klimaschädlicher Emissionen auf ein Minimum reduziert.

Ein erster Schritt dorthin ist das Überwinden von Tierhaltung ohne Weidegang, aber auch der Übergang vom schmerzhaften ohrmarken zum chippen. Solange es Schlachtung – entgegen unserer Grundsatzhaltung – gibt, muss es Pflicht sein, den gesamten Schlachtkörper zu verwenden, da kein Körperteil des Lebewesens als "minderwertig" gelten/aussortiert werden darf. Damit verbunden dürfen keine "Schlachtabfälle" exportiert werden, weil diese eine dramatische Bedrohung für die lokalen Märkte in Zielländern darstellen.

<u>Die europaweiten Biostandards sind oft unzureichend und täuschen den Verbrauchenden eine</u> umweltfreundliche Produktion vor.

Denn das europaweite Biosiegel erlaubt doppelt so viele der pro Fläche gehaltenen Legehennen oder Masthühner wie die drei größten deutschen Bioverbände Bioland, Demeter und Naturland. Konkret bedeutet das: Die EU und alle drei Anbauverbände empfehlen pro Hektar die Tierhaltung von 2 Milchkühen oder 5 Mastkälbern. Bei anderen Nutztierarten gehen die Vorschriften der EU und die der Anbauverbände noch weiter auseinander: während die EU pro Hektar 14 Mastschweine zulässt, sehen Bioland, Naturland und Demeter maximal 10 vor. Noch gravierender sind die Unterschiede bei dne Besatzdichten von Geflügel, denn 580 Masthühner oder 230 Legehennen dürfen laut EU-Bio-Verordnung pro Hektar gehalten werden - Mitglieder der drei Anbauverbände erlauben dagegen "nur" 280 Masthühner oder 140 Legehennen.

Außerdem sollten Zweinutzungshuhnrassen standardisiert in der Hühnerhaltung eingesetzt werden,

um das sogenannte Kükenvergasen und Kükenschreddern überflüssig zu machen und mit diesen robusten Arten eine definitiv artgerechte Haltungsform ermöglichen zu können.

Die EU-Bio-Siegel-Richtlinien machen keine Angaben zur Distanz des Schlachthofs. Während der Transport bei Bioland, Demeter und Naturland auf maximal vier Stunden oder 200 Kilometer beschränkt ist, kann ein Schwein mit EU-Bio-Siegel eine Fahrt durch halb Europa hinter sich haben.

Deshalb hat das EU-Bio-Siegel nicht viel mit Nachhaltigket und ausdrücklich Tierwohl zu tun. Darum fordern wir nicht nur die Richtlinien des Bioland Verbandes als Mindeststandard, sondern auch ein ausagekräfitges, transparentes Tierwohllabel. Echten Tierschutz gibt es nur ohne Nutztierhaltung.

Denn schon jetzt fordert fast 90% der Bevölkerung bessere Standards in der Tierhaltung und mehr Transparenz im Produktionsprozess (Quelle: BMEL-Ernährungsreport 2017). Aber auch ein Klima-Label für Lebensmittel ist überfällig, um für den Verbraucher transpartent den Wasserverbrauch, den Transportweg und CO₂ Ausstoß des zu kaufenden Lebensmittel aufzuschlüsseln.

Von Zeile 190 bis 192 einfügen:

Klimagasemission leisten können.

Vor allem muss sowohl Torfabbau als auch Torfimport <u>und die Entwässerung von Mooren</u> verboten werden.